

ken pro Quadratmeter, das ist geschenkt, zu dem Preis. Für die ÖBB sind diese Böden Baugrund und Betriebsgelände für den Eisenbahnbetrieb. Die ÖBB wickelt auf dieser Transit-Strecke Personen- und Güterfernverkehr durch unser Land ab. Ein Teil des ÖBB-Bodens in Liechtenstein wird für den Bau der Haltestellen benötigt. Diese Böden stellt die ÖBB dem Land Liechtenstein im Baurecht zur Verfügung. Zur Zeit sind 161 002 Quadratmeter im Besitz von der ÖBB-Infrastruktur Aktiengesellschaft, Claudiastrasse 2, 6020 Innsbruck. Aus meiner Sicht ist störend und daneben, dass ohne Not Boden an eine ausländische Firma verkauft wird. Liechtenstein hat es nicht nötig, ein Stück Heimat zu verkaufen. Der Boden könnte auch im Baurecht mit entsprechenden Auflagen an die ÖBB abgegeben werden. Möchte ein Liechtensteiner ein Stück Boden von einer Gemeinde, muss er ihn im Baurecht nehmen, wenn er keinen Realersatz bieten kann. Aber im Fall ÖBB sind alle 11 Gemeindevorsteher samt Regierung und 18 Abgeordnete für den Verkauf. Unsere Enkel hätten als Bodenbesitzer den längeren Hebel in der Hand. Bodenverkauf in ausländische Hände ist nicht enkeltauglich. Nun, es wird darüber abgestimmt, ob 175 Grundstücke ins Ausland verkauft werden sollen oder nicht. Mit S-Bahn Nein bleibt der Boden im Besitz von Liechtenstein.

Herbert Elkuch, Komitee S-Bahn Nein

Lebensqualität ade!

Liebe Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner, im Namen der Anwohner der Eisenbahn bitten wir um eure Solidarität. Die S-Bahn ist für unser Land nichts, was unser Überleben sichern würde oder gar unsere Zukunft. Vielleicht werden sogar die Hälfte der Bürger unseres Landes diese Bahn ein oder zwei Mal in ihrem Leben benutzen, oder auch gar nie. Aber für die Anwohner ist es viel mehr. Es geht um unser Zuhause und um unsere Lebensqualität. Es geht um Lärmbelastung, Gesundheit, Gefahrentransporte, Schäden an unseren Häusern, eingeschränktes Baurecht, Entwertung von Grund und Boden, um nur einige Punkte zu nennen. Es ist nicht notwendig den Anwohnern eine noch grössere Bürde mit dem Ausbau aufzuerlegen. Bitte sagt Nein zur S-Bahn!

Rosalinde Hagen, Wiesenstrasse 32, Nendeln

Sonja Kranz, Wiesenstrasse 88, Nendeln

Kurt Kranz, Wiesenstrasse 88, Nendeln

Rosmarie Bilger, Wiesenstrasse 60, Nendeln

Josef Bilger, Wiesenstrasse 60, Nendeln

Thomas Bilger, Bahngasse 24, Nendeln

Daniel Nägele, Bahngasse 26, Nendeln

**Dorothea Nägele, Bahngasse 32, Nendeln
Marisa Kiworra, Voralbergerstrasse 180, Schaanwald**

Rainer Kiworra, Voralbergerstrasse 180, Schaanwald

Norbert Meier, Voralbergerstrasse 176, Schaanwald

Miriam Meier, Voralbergerstrasse 176, Schaanwald

Johannes Senti, Voralbergerstrasse 61, Schaanwald

Sabrina Senti, Voralbergerstrasse 63, Schaanwald

Gregor Ott, Im Äscherle 14, Schaan

Manuela Ott, Im Äscherle 14, Schaan

Michael Frommelt, Churerstrasse 102, Nendeln

Brian Kranz, Bahngasse 21, Nendeln

Gioanna Kranz, Bahngasse 21, Nendeln

Jürgen Losert, Bahngasse 28, Nendeln

Fritz Plüss-Batliner, Meder 9, Nendeln

Robin Graf, Meder 5, Nendeln

**Janine und Justine Graf, Meder 5, Nendeln
Mischel Gallo, Meder 3, Nendeln**

Tanja Plüss, Meder 3, Nendeln

Celina Plüss, Meder 3, Nendeln

Snezana Ristikic, Meder 4, Nendeln

Savka Bastinac, Meder 4, Nendeln

Steven Kaiser, Meder 4, Nendeln

Celjana Savanovic, Meder 4, Nendeln

Rocco Gallo, Im Winkel 7, Nendeln

Gerlinde Gallo, Im Winkel 7, Nendeln

S-Bahn, Verfassung und Souveränität

Von allem Anfang an fühlte ich mich zur S-Bahn positiv eingestellt. Sie verbrüdert drei Länder, die seit undenklichen Zeiten zusammengehören und verbindet Liechtenstein mit den Nachbarn so fliegend wie unverbrüchlich. Was für Einwände könnte es geben? Keine! Oder? Allenfalls, wie Selbstverantwortung verlangt, suchte ich Information über das Vorhaben. Vieles, was ich zunächst fand, entsprach den Argumenten, die ich mir selbst ohne genauere Kenntnisse zunächst erlaubt hatte. Ein Aha-Erlebnis des Bestätigens. Ich rechne solche meiner langen Erfahrung als Direktor des Nationalinstituts für Technologie Übertragung in Argentinien zu, wo wir transnationale Mammutprojekte an Paraná-Fluss beurteilen mussten. Vor einer Woche erinnerte ich mich aber jäh viel genauer an jene Zeiten. Verdrängtes tauchte auf! Als allentscheidend für Verkehrswege, die das Territorium eines Staates durchschneiden, um dritte Staaten zusammenzubinden, gilt der Souveränitätsvorbehalt! Das Land, das als Brücke zwischen Dritten dient, muss die Oberhoheit über die Brücke unbedingt behalten, sodass diese völkerrechtlich und faktisch die Nation nicht zertrennt. Fieberhaft suchte ich dann einen Staatsvertrag zwischen Liechtenstein, der Schweiz und Österreich, der den Vorbehalt für die S-Bahnstrecke Feldkirch-Buchs regelte. Nichts! Auch kein Gesetz. Sogar bleibt der genaue Verlauf der Strecke ungewiss bis heute. Welche Kontrollrechte behält das Fürstentum auf die Strecke? Was wäre, wenn der Landesfürst den Ausnahmezustand nach Art. 10 und 92 der Landesverfassung darüber verhängen müsste? Eine, wie uns die Geschichte leider lehrt, nicht nur theoretische Möglichkeit hierzulande. Die Zusage zur S-Bahn nun Ende August verletzt unwiederbringlich nicht nur die Verfassung, sondern, schlimmer noch, auch die Souveränität Liechtensteins über sich selbst. Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet. Ein Ja des Volkes jetzt zur S-Bahn wirkt völkerrechtlich verbindlicher als eine Verfassungsänderung. Kein Gesetz könnte es später zurückrudern. Die S-Bahn rädert das Land entzwei. Jedermann, der die Verfassung liest, überzeugt sich dessen umgehend. Liechtenstein muss noch dazu auf im Vorhinein wissen

und kontrollieren können, was für Ladungen Lastzüge über die S-Bahn überführen. Welche wären die Folgen, wenn ein Lastzug, wie nicht selten vorkommt, 4000 Tonnen Ammonium Nitrat beförderte und vor Schaan ein Unfall geschähe? Oder ein Anschlag? Zum Glück läuft die ÖBB-Bahnkonzession 2022 ab! (<https://www.bbc.com/news/business-53712679>) Deshalb Nein zur S-Bahn Ende August! Nach der Abstimmung nächsten Februar haben der neue Landtag und die neue Regierung deshalb die vordringliche Aufgabe, einen Vorschlag dahingehend zu gestalten, dass die Souveränität unseres Landes nicht verletzt wird, sondern vollumfänglich erhalten bleibt.

Victor Arévalo Menchaca, Univ. Prof. Dr. iur., Auring 56, Vaduz

Missbrauch für Parteipolitik?

Täglich verstärkt sich bei mir der Eindruck, dass es DpL und DU mit ihren Neinparolen gar nicht um die S-Bahn geht. Ich glaube eher, dass diese Neinsager-Gruppen sich mit einem Erfolg bei dieser Sachabstimmung eine bessere Startbasis für die Landtagswahlen verschaffen wollen. Das gilt es zu verhindern. Vertrauen wir besser den verantwortlichen Politikern, die gerade jetzt in der Coronazeit bewiesen haben, dass sie das Beste für unser Land und unsere kommenden Generationen wollen. Darum ein überzeugtes Ja in die Urne.

William Gerner, Quellenstrasse 8, Eschen

Nachteile des Konzepts sind offensichtlich

Da direkt auf der derzeitigen Strecke Eschen-Nendeln ein Bahnhof in der Grössenordnung von 10 000 000 Schweizer Franken geplant ist, soll die bestehende Strasse geschlossen und durch eine Bahnunterführung nördlich von Nendeln ersetzt werden. Wegen dieser Bahnunterführung muss die bestehende Feldkircherstrasse kurz nach dem Hagen-Haus in Richtung Schaanwald um circa vier Meter abgesenkt werden, was auf der Waldseite eine Stützmauer von circa sieben Metern erforderlich macht. Sind sich die verantwortlichen Verkehrsplaner wirklich bewusst, welch gewaltiger finanzieller und umweltzerstörender Aufwand betrieben wird, um die Bahnschienen zu überqueren? Sind die durch die S-Bahn und deren Nebenschauplätze wie Strassenverlegungen, Unterführungen, etc. verursachten und gravierenden landschaftlichen Einschnitte mitten in unserer Wohngegend wirklich ein Fortschritt oder eine Vergeudung von wertvollem Boden zulasten unserer Kinder und Enkelkinder? Um wie viel einfacher wäre eine Verkehrslösung in Schaan zu realisieren, wenn keine Rücksicht auf die Bahn genommen werden müsste? Wie ist die propagierte Enkeltauglichkeit zu erklären, wenn den langjährigen Bestrebungen nach Renaturierung und Umweltschutz plötzlich eine schmutz- und lärmgenerierende Eisenbahn-Nordumfahrung in Schaan gegenüber steht? Die Nachteile des S-Bahn-Konzepts sind offensichtlich. Die Befürworter argumentieren mit nicht nachgewiesenen Zahlenspielen und lassen sich vom Obrigkeitsglauben leiten. Darum ein Nein zur S-Bahn.

Beat Kranz, Feldkircherstrasse 35, Nendeln

Liebe S-Bahn-Befürworter

Es ist schon sehr verwunderlich, welche Personen für das S-Bahn-Projekt werben, um das liechtensteinische Volk in einen finanziellen Blödsinn zu treiben. Es er-

staunt, dass selbst unsere grossen Unternehmer, welche die eigenen Kleinbus-Shuttles ihrer Väter und Vorgänger aus Kostengründen abgeschlossen haben, jetzt diese S-Bahn befürworten. Würde man wie früher mit Neun-Plat-Bussen auf eure Kosten zur Arbeitsstelle fahren können, wären in der Stosszeit neun Mal weniger Fahrzeuge zur Arbeit unterwegs, somit das Hauptverkehrsproblem gelöst. Auch die Banken und der Staat selbst könnten da mitziehen. Aber nein, das würde ja euren Profit schmälern, liebe Grossunternehmer, ein undenkbarer Zustand. Eine Pendlerbahn, die eine Gemeinde und zwei Weiler in unserem Land tangiert, als Rückgrat unsers Mobilitäts-Konzeptes zu bezeichnen, grenzt an Dummheit. Ein Ausbau der S-Bahn behindert den Verkehr nur noch mehr. Also somit null Nutzen, oder sogar noch Schaden. Jeder kleingewerbliche Betrieb muss bei den Industriefirmen mit Kampfpreisen gegen Mitbewerber der Nachbarstaaten bestehen. Der Gewerbetreibende hat aber keinerlei Begünstigungen, im Gegenteil: Wenn er einen Fehler macht, kann er nicht einfach dem Staat einige Jahre keine Dividenden mehr bezahlen, bis der Schaden getilgt ist. Dies alles auf Kosten der kleinen und ehrlichen Steuerzahler. Es ist bedenklich, wenn man dem Volk zu vermitteln versucht, dass wir ohne diesen S-Bahn-Ausbau wirtschaftlich benachteiligt wären. Abgeschnitten von dem Rest der Welt. Nicht ein Eisenbahnwagen voll Ware geht von der liechtensteinischen Industrie mittels Bahn ins Ausland. Es ist auch nichts dergleichen beim neuen S-Bahn Projekt geplant. Genauso wie in Beirut kann es bei uns durch Gefahrgut, das ohne unsere Kenntnis auf Bahnwaggons durch unser Land gezogen werden, zu einer Explosion oder einem Unfall kommen. Ein Zusammenstoss auf der Schiene hätte fatale Folgen für uns, vor allem in Schaan. Wir müssen dieses Risiko nicht selbst noch verdoppeln. Auch wenn das Land (noch) über ein grosses Staatsvermögen verfügt, muss man dieses nicht sinnlos zum Fenster hinausschmeissen. Öffnen wir die Augen, um dringende Probleme zu lösen. Zudem hat das Land bei keinem einzigen Grossprojekt die Endkosten im Griff gehabt. Dieses Projekt ist nicht enkeltauglich.

Bruno Foser, Schwefelstrasse 35, Vaduz

«HalbeHalbe»

Ein klares Ja der Freien Liste

Vor 25 Jahren (1995) hat Liechtenstein bei den Vereinten Nationen das Übereinkommen zur Beseitigung von Diskriminierung von Frauen (CEDAW) unterzeichnet. Dieses Abkommen wurde als Instrument zur Gleichstellung ins Leben gerufen. Es verpflichtet laut UNO die Vertragsstaaten zu staatlichen Aktionsprogrammen, die nicht nur die rechtliche Gleichstellung (Art. 31 der Landesverfassung «Mann und Frau sind gleichberechtigt»), sondern auch die tatsächliche Gleichstellung anstreben. Wenn es in Liechtenstein um Gleichstellung geht, wurden bis anhin die Frauen hauptsächlich im gleichen Atemzug mit «Vereinbarkeit von Familie und Beruf» genannt. Die fehlende ausgewogene Vertretung von Frauen in politischen Gremien ist erst wieder mit den Landtagswahlen 2017 (22 Männer, 3 Frauen) stark in den Fokus gerückt. Mit dem klärenden Verfassungszusatz: «Die ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in politischen Gremien wird gefördert», welchen die Initiative HalbeHalbe formuliert, wird der tatsächliche Gleichstellung, zu welcher sich Liechtenstein vor 25 Jahren durch Unterzeichnung verpflichtet hat, zum Durchbruch verholfen. Die Mitglieder der Freien Liste sowie Vorstand, Fraktion und Präsidium der Freien Liste sprechen sich

klar für ein Ja zu dieser Abstimmungsvorlage aus. Stimmen auch Sie mit Ja!

Für die Freie Liste: Georg Kaufmann, Fraktionssprecher, Conny Büchel Brühwiler und Pepo Frick, Co-Präsidium.

Frauenunion klar für «HalbeHalbe»

Die 45 anwesenden Mitglieder des Parteivorstand der Vaterländischen Union haben an ihrer letzten Sitzung ein Nein zur Initiative HalbeHalbe beschlossen. Nicht einstimmig, aber mit einer Mehrheit. Alle anwesenden Vorstandsmitglieder der Frauenunion und einige VU-Vorstandsmitglieder haben sich an der Versammlung klar für die Initiative ausgesprochen. Viele Gespräche, die die Frauenunion mit verdienten VU-Mitgliedern geführt hat, haben aufgezeigt, dass es in der VU auch viele Befürworterinnen und Befürworter der Initiative gibt. Die Begründung der Gegnerschaft im Parteivorstand stützte sich nicht darauf, dass die ausgewogene Beteiligung der Frauen in den politischen Gremien nicht gewünscht sei, sondern darauf, dass die vorliegende Initiative der falsche Weg sei. Aus Sicht der Frauenunion ist die Initiative aber ein guter Weg, um die vermehrte Partizipation von Frauen in politischen Mandaten zu stützen, da sie nicht als Zwang, sondern als langfristiges Ziel zu sehen ist. Auf welchem Weg das Ziel einer ausgewogenen Vertretung zu erreichen ist, entscheidet jederzeit der demokratische Prozess. Eine Umsetzung der Initiative würde den politischen Verantwortungsträgern gute Voraussetzungen schaffen, geeignete Massnahmen umzusetzen, die ein ausgewogenes Verhältnis der Geschlechter in der Politik nachhaltig anstreben. Die Frauenunion hofft deshalb, dass auch viele VU-Mitglieder am 30. August mit einem Ja zur Initiative HalbeHalbe diesen wichtigen Schritt in der faktischen Gleichstellung von Frauen und Männern unterstützen.

Der Vorstand der Frauenunion: Elisabeth Stock-Gstöhl, Gabriela Hilti-Salem, Beatrice Matt, Corrine Thöny, Jnes Rampone-Wanger.

Die Verfassung widerspiegelt unsere Werte

Die Verfassung widerspiegelt die grundlegenden Werte einer Gesellschaft. Es ist deshalb selbstverständlich, dass sich Liechtenstein in der Verfassung zu einer Förderung der ausgewogenen Vertretung von Frauen und Männern in politischen Gremien bekennt. Unsere Initiative ist in der Verfassung am richtigen Platz. Sie ist eine unterstützende und zeitgemässe Erweiterung des Gleichheitssatzes und entfaltet ihr Potenzial im Verfassungsrang am stärksten. Andere Bereiche der staatlichen Förderung und Unterstützung wurden in der Vergangenheit bereits in der Verfassung verankert. Übrigens: Seit 2003 gab es neun Verfassungsänderungen. In acht Fällen hat weder der Landtag eine Volksabstimmung beschlossen noch wurde ein Referendum ergriffen. Der vorgeschlagene Verfassungszusatz ist ausreichend bestimmt, er lässt dem Gesetzgeber aber jenen Spielraum, den er braucht, um angemessene Fördermassnahmen zu beschliessen. Deshalb: Ja zu «HalbeHalbe»!

Initiativkomitee «HalbeHalbe»

